

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 145. Ratssitzung vom 14. April 2021

3857. 2021/46

Dringliches Postulat von Alan David Sangines (SP) und Vera Ziswiler (SP) vom 03.02.2021:

Bericht über Massnahmen zur Verbesserung der Situation von armutsbetroffenen und armutsgefährdeten Erwerbstätigen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Alan David Sangines (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3543/2021): Als «Working Poor» bezeichnet man Menschen, die zwar erwerbstätig, aber trotzdem von Armut betroffen sind. Kürzlich veröffentlichte das Bundesamt für Statistik die letzte Erhebung. Dort sieht man, dass im Jahr 2019 735 000 Menschen in der Schweiz von Armut betroffen waren. Das sind knapp zehn Prozent unserer Bevölkerung. Davon waren 115 000 Menschen erwerbstätig. Das war noch vor der COVID-Pandemie. Man muss davon ausgehen, dass die Pandemie die Zahlen massiv erhöhen wird. Tausende von Menschen befinden sich in Kurzarbeit und seit Anfang der Pandemie wurden über 50 000 Menschen zusätzlich als arbeitslos gemeldet. Der Abbau der Arbeitsstellen führt auch dazu, dass viel weniger Stellen für viel mehr Leute zur Verfügung stehen. Das führt wiederum zu prekären Arbeitsbedingungen, dass Leute ihre Pensen reduzieren müssen und wiederum Einkommenseinbussen haben. Besonders betroffen sind vor allem gering qualifizierte Menschen, Selbständigerwerbende ohne Angestellte oder Ein-Eltern-Haushalte. Insbesondere betroffen sind die Kinder. In der Schweiz leben 103 000 Kinder in Armut. Davon sind 71 000 Kinder von «Working Poor»-Eltern. Es sind Eltern die arbeiten und trotzdem nicht genügend Geld haben. Sie haben genügend Geld, um nicht von der Sozialhilfe abhängig zu werden, aber das reicht nicht, um aus der Armut zu gelangen. Das hat verheerende Auswirkungen auf die Lebenssituation dieser Menschen. Man muss jeden Rappen umdrehen, man hat keinen Zugang zu Hilfeleistungen und einmal mehr sind die Kinder die Leidtragenden. Sie wachsen in einem Haushalt auf, in dem ihren materiellen Bedürfnissen meist nicht gerecht werden kann. Auch der psychische Druck der Eltern ist für die Kinder wahrnehmbar, wenn die Eltern nicht wissen, wie sie über die Runde kommen und trotzdem die ganze Zeit arbeiten. Das hat zur Folge, dass die Kinder gesundheitliche Einschränkungen haben; physisch wie auch psychisch. Sie haben kaum sozialen Anschluss und laufen Gefahr, in einen negativen Teufelskreis aus schlechten Bildungsperspektiven und Arbeitslosigkeit zu geraten. Wir wissen alle, dass das auch ein Risikofaktor für die Jugendgewalt ist. Bei den «Working Poor» muss nicht viel geschehen, dass sie nicht mehr über die Runden kommen und darum Sozialhilfe beantragen müssen. Sei das auf der Einnahmeseite oder auf der Seite des Bedarfs. Auch wenn es nichts Falsches dabei gibt, Sozialhilfe zu beantragen, so ist es doch das Ziel von uns allen, dass das nicht notwendig wird. Mit Transferleistungen oder gezielten Vergünstigungen kann dafür gesorgt

werden, dass die Lebenssituation von «Working Poor» verbessert wird, sie weniger Entbehrungen auf sich nehmen müssen und nicht in die Sozialhilfe abrutschen. Der Stadtrat soll darum untersuchen und Bericht darüber erstatten, wie diese Menschen gezielt unterstützt werden können, um ihre Lebenssituation zu verbessern. Auch das sind mehrfach gut investierte Mittel. Einerseits verhelfen sie zum würdigen Leben, das wir laut der Bundesverfassung allen Menschen gewähren sollen. Andererseits verhindern die Mittel Folgekosten der langfristigen Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit.

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. März 2021 gestellten Ablehnungsantrag: Es geht immer um das gleiche Thema. Dem Bürger bleibt von dem, das er erarbeitet, zu wenig, damit er ein würdevolles Leben haben kann. Schauen Sie, wie das früher in den 1950er- und 1960er-Jahren war. Damals reichte es, dass eine Person in der Familie arbeitet. Man kam gut über die Runden, man konnte gut überleben. Was änderte sich seit den 1950er- bis 1980er-Jahren? Die Staatsausgaben vergrösserten sich. Der Staat baut sich aus und die Linken und Rote bringen Fantasieideen ein. Das geschieht hier jeden Mittwoch im Gemeinderat und dasselbe geschieht in Bundesbern. Der Staatsapparat baut sich aus und Sie haben das Gefühl, dass das jemand anders bezahlt. Die Rechnung bleibt aber immer beim einfachen Bürger. Alle rot-grünen Projekte und Staatsaufgaben, die hier durchgewinkt werden, müssen von ihm bezahlt werden. Es ist der einfache Bürger und darum hat der Mittelstand immer weniger Geld. Darum reicht es heute für viele Leute nicht mehr, dass eine Person alleine arbeitet. Was ist die Lösung dafür? Es ist das altbekannte Muster: weniger Staat, mehr Freiheit. Dem Bürger muss mehr Netto vom Brutto gelassen werden und für die Unternehmen müssen die staatlichen Schranken abgebaut werden. Die Bürokratie und der Kontrollwahnsinn nehmen Überhand, sodass es sich nicht lohnt, als Kleinunternehmer ein Unternehmen zu gründen. Der Staat muss zurückgebaut werden, damit dem Bürger mehr Geld in der Tasche bleibt und damit es für den Bürger einfacher ist, ein Unternehmen zu gründen.

Weitere Wortmeldungen:

Ernst Danner (EVP): Auch bei diesem Postulat sagen wir Nein mit dem Risiko, dass wir wieder als Zyniker und Menschen angeschaut werden, die in Kauf nehmen, dass Kinder leiden. Ich bin persönlich von diesen Vorwürfen getroffen. Ich wuchs in den 1950er- und 1960er-Jahren in einer Arbeiterfamilie mit sechs Kindern auf. Die älteste Schwester hatte Kinderlähmung und war auf teure Therapien angewiesen, die nicht alle von der Krankenkasse bezahlt wurden. Unsere Familie gehörte zu den Armutsbetroffenen. Wenn ich betrachte, welche Faktoren eine Rolle spielen, ob Kinder leiden müssen oder nicht, dann ist das Finanzielle ein Faktor, aber nicht der einzige. Es ist eine grosse Illusion, wenn wir glauben, dass wir mit einem sozialstaatlichen Apparat alles Leid verhindern können. Das ist ein Traum, der nicht der Realität entspricht. Betrachtet man die Stadt Zürich und vergleicht man sie mit anderen Gemeinden, dann hat sie ein gut ausgebautes Netz an Möglichkeiten, Massnahmen, Schulsozialarbeit, Frühwarnsystemen und Weiterem. Wir können das mehr und mehr ausbauen und es wird trotzdem eine gewisse Quote von Menschen haben, die aus einem Grund durch die Maschen fallen. Wenn wir glauben, dass das Problem behoben werden kann, befinden wir uns auf dem

falschen Dampfer. Wir sind der Meinung, dass sehr viel in Zürich gemacht wird. Auch das Beziehungsnetz, über das Einzelne verfügen, ist wertvoll und muss genutzt werden. Es gibt praktisch niemanden, der keinen Menschen hat, der ihm irgendwie noch helfen kann. Wenn das der Fall ist, wird früher oder später die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) davon Kenntnis nehmen und dort helfen können. Aber das wir meinen, dass das Problem mit staatlichen Massnahmen und Berichten behoben werden kann, das glauben wir von der EVP nicht. Ich glaube sogar, dass der Schutzheilige unserer Fraktion, Pfarrer Sieber, nicht sagen würde, dass ein Bericht erstellt werden sollte, sondern dass wir handeln sollten.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Es war eindrücklich, dass wir hören konnten, wie viele «Working Poor» es in der Schweiz gibt. Ein solcher Bericht ändert an dieser Situation nichts. Es ist wieder die Frage, wo wir die Mittel einsetzen. Man kann sich fragen, warum die Schweiz wiederholt bereit ist, eine Kohäsionsmilliarde zu bezahlen. Das Geld geht in die osteuropäischen Staaten Ungarn und Polen. Damit werden Regimes unterstützt, die nichts mit der Demokratie am Hut haben. Ein Vorstoss, der verlangt, dass diese Mittel für die «Working Poor» in der Schweiz eingesetzt werden, würde wesentlich mehr bringen als ein solcher Bericht, der nichts ändert.*

Ronny Siev (GLP): *Die «Working Poor» können auch Leute sein, die gemäss vorherigem Postulat Anspruch hätten, insbesondere auch Alleinerziehende und Eltern mit Unterhaltspflicht. Es gibt auch viele Erwerbstätige und Selbstständige, die unter Corona und unter den Massnahmen leiden. Die Verbesserung der Situation der «Working Poor» ist für die GLP ein sehr wichtiges Anliegen. Ein Bericht soll uns die Grundlage dafür liefern, wie das Sozialamt in Zukunft mit dieser Problematik umgehen soll. Darum unterstützen wir auch das Postulat.*

Christine Seidler (SP): *Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem ist neoliberal geprägt und basiert auf einem 250 oder 5000 Jahre alten Denkfehler. Das System wird nicht nur in linken Kreisen kritisiert, sondern mittlerweile auch aus namhaften Kreisen von gestandenen Ökonomen und Kapitalisten. Zur kritischen Frage nach der Berechtigung der Vertreter des neoliberalen Kapitalismus gibt es wissenschaftliche Bücher, die Denkfehler aufzeigen. Ein Denkfehler ist die Grundlage von unserem Wirtschaftssystem: Dass sich der Markt selbst reguliert und dass mit egoistischem Wirtschaften nach dem Prinzip des Homo oeconomicus durch die unsichtbare Hand Wohlstand erreicht wird. Das ist ausgemachter Unsinn, an dem Ihr immer noch festhält. Fakt ist, dass unser Wirtschaftssystem zwischen Finanzkrisen, Staatskrisen und Währungskrisen auf fundamentalen Widersprüchen basiert. So hält sich die Vorstellung, dass egoistisches Wirtschaften von alleine Wohlstand schafft, überaus hartnäckig bis in die Wirtschaftswissenschaften. Die unsichtbare Hand von Adam Smith geht davon aus, dass sich Vermögen von oben nach unten verteilt und durchsickert. Die Realität ist eine andere. Das Vermögen wird von unten nach oben verteilt und die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Corona führte dazu, dass sehr viele Menschen, die sehr reich sind, noch reicher wurden, während ärmere Menschen, die bereits nichts haben, noch ärmer werden. Das kann man jeden Tag in der Zeitung lesen, das zeigt die Erhebungen der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich und wenn man sich damit auseinandersetzt, weiss*

man, dass die unsichtbare Hand eine Denkbarriere ist. Dass die Marktregulierung den Wettbewerb spielen lässt, ist Unsinn. Der Wettbewerb führte früher dazu, dass Gewinn in Innovation und Weiterentwicklung investiert wird, was den Kreis der Wirtschaft schloss und wovon Arbeitnehmende profitieren konnten. Heute geht alles in die Renditemaximierung und es geht darum, dass Aktien ausgeschüttet werden können. Arbeitnehmende sind eine kapitalistische Masse, die entlassen werden kann, wenn der kapitalistische Gewinn zu wenig hoch ausfällt. Das Kapital besteht nicht aus Arbeit; Arbeit ist ein knappes Gut und wenn es zu wenig Geld für die Gewinnmaximierung hat, werden Leute entlassen.

Samuel Balsiger (SVP): *Ein solches Votum der SP-Sprecherin braucht sehr viel Mut oder Humor in einer reichen Bankenstadt wie Zürich, wo hunderte Millionen Franken durch die Banker erwirtschaftet werden, die den rot-grünen Irrsinn am Ende bezahlen. Es braucht sehr viel Mut oder Humor, wenn man im Erfolgsmodell der Bankenstadt Zürich behauptet, dass der Kapitalismus nicht funktioniert. Das beste Beispiel ist das Budget von Zürich: 9 Milliarden Franken. Der Liberalismus oder Kapitalismus holte in den letzten dreissig, vierzig Jahren hunderte Millionen Menschen aus der Armut. Der Turbokapitalismus, das Wirtschaftssystem von China, hat dort allein hunderte Millionen in den Mittelstand nach europäischem Massstab erhoben. Was erreichte der Sozialismus? Es gibt kein einziges Beispiel in der Menschheitsgeschichte, wo der Sozialismus funktionierte. Diese Ideologie bringt Staatsschulden, Niedergang, Faulheit und Aufstände. Die Fakten sprechen eine klare Meinung: Kapitalismus und Liberalismus funktionieren, eine rote Ideologie funktioniert nicht.*

Markus Baumann (GLP): *Wir unterstützen das Postulat. Es macht sehr wohl Sinn, zu wissen, was wo geschieht. Das Wissen allein, das durch einen solchen Bericht gewonnen wird, ist am Ende zu kurz gegriffen. Die eigentliche Diskussion findet danach statt: Was getan werden soll. Dazu gibt es diverse Studien. Ein wichtiger Punkt ist, dass die Sozialhilfe im heutigen System für die Sicherheit sorgt. Auf dieser Sicherheit kann aufgebaut werden. Man kann auch über arbeitsmarktpolitische Massnahmen aufbauen. Diese gilt es tatsächlich zu ergreifen. Meine persönliche Meinung ist, dass wir auch nach einem solchen Bericht über ein existenzsicherndes Grundeinkommen sprechen müssen. Viele hier kennen die Situation vielleicht nicht. Aber wenn wir von Mindestlöhnen sprechen, hört sich das gut an. Aber ein Mindestlohn einer ausgebildeten Fachperson in der Gastronomie beträgt etwa 4250 Franken. Jemand, der während der Corona-Krise in der Kurzarbeit ist, erhält 80 Prozent davon. Ist das noch existenzsichernd? Aus meiner Sicht sind «Working Poor» gezwungen, einen zweiten Job anzunehmen oder auf andere Weise das Geld zu erhalten. Es ist wichtig, dass wir wissen, was wo geschieht und wer wirklich neu betroffen ist und an sich berechtigt ist für Sozialhilfe. Genauso wichtig ist, dass gezielte Massnahmen ergriffen werden, damit diese Leute auch über die Bildung sowie soziale und wirtschaftliche Förderung Perspektiven erhalten, sodass sie aus der Sozialhilfe gelangen können. Dafür braucht es einen Bericht.*

Alan David Sangines (SP): *Ich bin erstaunt über das Votum von Samuel Balsiger (SVP), der meinen Punkt bestätigt, indem er wieder kilometerweit am Thema vorbei sprach. Wir hörten ein Sammelsurium an antilinker Tirade. Von der SVP und der EVP*

finde ich merkwürdig, das respektiert werden sollte, wenn jemand auf die Sozialhilfe verzichtet. Wenn es hier aber um Menschen geht, die am Existenzminimum leben und «Working Poor» sind und wir dafür sorgen wollen, dass sie nicht in die Sozialhilfe geraten, dann seid Ihr auch dagegen. Ich bin leicht entsetzt über die Voten der EVP. Ich schätze Eure Positionen teilweise, aber hier habe ich das Gefühl, dass ich nicht recht höre. Niemand sagt, dass wir mit unseren Postulaten alles Leid verhindern wollen. Aber man kann dafür sorgen, wie diese Menschen unterstützt werden können. So kann beispielsweise für ihre Kinder eine Freizeitaktivität finanziert werden. Denn 19 Prozent der «Working Poor»-Kinder können nicht an einer regelmässigen Freizeitaktivität teilnehmen. Damit lösen wir nicht alles Leid dieser Welt. Aber für das Kind ist es äusserst wichtig, wenn es beispielsweise um einen Freizeitkurs geht. Auch erstaunt die Aussage, dass alle Betroffenen Verwandte haben, die einen unterstützen können. Das gibt es. Und wenn es aber niemanden gebe, dann würde eine Meldung an die KESB folgen. Was wird dann der KESB gemeldet? Dass sich die Familie keine Freizeitaktivität für die Kinder leisten kann? Es soll auf eine Meldung an die KESB gewartet werden, anstatt dass die Familien mit Transferleistungen oder Ergänzungsleistungen unterstützt wird. Es ändert nichts an der Tatsache, wenn immer gesagt wird, dass diese Menschen selbst schauen sollen, wenn sie Anrecht auf Unterstützungsmassnahmen hätten. Der Bericht soll aufzeigen, wie das verbessert werden kann. Ich halte es auch für heuchlerisch, wenn argumentiert wird, dass den Leuten am Ende wenig Geld wegen des bösen, linken Staats bleibt: Seit die Schweiz existiert herrscht eine bürgerliche Mehrheit. Vor wenigen Jahren wurde im Ständerat eine Motion überwiesen, um Ergänzungsleistungen zu besteuern. Es geht hier um Menschen in schwierigen Situationen, die keine Sozialhilfeunterstützung erhalten. Man soll ermitteln, welche Massnahmen getroffen werden können, um die Lebenssituation zumindest ein wenig zu verbessern.

Ernst Danner (EVP) beantragt die von der Ratspräsidentin zuvor geschlossene Redeliste wieder zu öffnen.

Dem Antrag von Ernst Danner (EVP) wird stillschweigend zugestimmt.

Ernst Danner (EVP): *Ich fühle mich nicht schnell persönlich betroffen. Aber das Votum von Alan David Sangines (SP) ging zu weit. Er unterstellt uns, dass wir wollen, dass Kinder erst geschützt werden, wenn die KESB ins Feld tritt. Das ist schlichtweg falsch. Das sagte ich nicht. So vieles von seinen Aussagen war verkehrt, dass ich das gerne mit ihm persönlich bespreche.*

Johann Widmer (SVP): *Dass heute Abend so viele Berichte verlangt werden, provozierte mich. Das ewige SVP-Bashing von Alan David Sangines (SP) sind wir ja gewohnt. Aber in anderen Umständen müsste man ihn als Hassprediger bezeichnen. Was Christine Seidler (SP) sagte, ist falsch und wird nur von linksgewickelten pseudowissenschaftlichen Ökonomen hartnäckig behauptet. Ihr musstet noch nie in der realen Wirtschaft arbeiten, sonst würdet Ihr nicht hartnäckig solche Theorien verbreiten. Mit solchen Berichten kann nichts erreicht werden. Es geschieht immer dasselbe. Zuerst wird eine Behauptung aufgestellt. Dann werden Untersuchungskriterien definiert, die der lin-*



6 / 6

ken Pseudowissenschaftstheorien genügen. Dann werden Berichte erstellt, die auf diesen Kriterien basieren. Die Resultate entsprechen dann wiederum den Theorien. Das Problem ist, dass dies immer auf dem Buckel der Ärmsten geschieht, was ich für falsch und unfair halte. Solche Berichte sind Selbstbeweihräucherung.

Das Dringliche Postulat wird mit 91 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat